

Subventionen für die Kernenergie und die Stein- und Braunkohle.

Subventionen Kernenergie		Quelle/ Erläuterung
Bau von Forschungsreaktoren	ca. 20 Mrd. €	Die Welt online 18.04.2000: „Laufzeiten, Importe, Subventionen - die Eckdaten des deutschen Ausstiegsszenarios“
Stilllegung/Rückbau Kerntechnischer Anlagen (bis 2009)	2,5 Mrd € (laufende Vorhaben,davon am Standort Karlsruhe 2,1 Mrd €)	Forschungszentrum Karlsruhe 2002 Halbjahresbericht über den Stand der BMBF-Stilllegungsprojekte und der vom BMBF geförderten FuE-Arbeiten zu „Stilllegung/Rückbau kerntechnischer Anlagen“ Berichtszeitraum: 01. Januar - 30. Juni 2002 (PTE-S Nr. 4)
Abriss Atomversuchsreaktor Jülich (bis 2020)	ca. 500 Mio. €	Schätzung des Bundesrechnungshofes. In: taz, 15.07.2002.
Betrieb und Stilllegung Morsleben	1,2 Mrd. €	Bundesamt für Strahlenschutz 2003. Mündl. Information am 10.12.03
Öffentlicher Finanzierungsanteil an gescheiterten Projekten (Kalkar, Hamm-Uetrop, Wackersdorf, Hoberg, Nukem, Mox, Mühlheim-Kärlich)	ca. 9 Mrd €	RWE/ Welt am Sonntag. In: Neue Energie 11/96
Castortransporte	3 Mrd.€	BKWK 2002. Vortrag von Johannes van Bergen (Geschäftsführer der Stadtwerke Schwäbisch Hall) auf dem parlamentarischen Abend des BKWK am 4.12.02 in Berlin.
Sanierung Wismut (bis 2005)	6,6 Mrd. €	Wismuth GmbH 2003. www.wismut.de
Abriss/Endlagerung Greifswald (2035)	ca. 3,7 Mrd. €	Energiewerke Nord GmbH (EWN). Kosten für Demontage, 40 jährige Zwischenlagerung, Endlagerung, Gebäuderückbau
Verlust von Steuereinnahmen aufgrund nicht versteuerter Rückstellungen	ca. 20 Mrd. €	Die Welt online 18.04.2000: „Laufzeiten, Importe, Subventionen - die Eckdaten des deutschen Ausstiegsszenarios“. Zu den angegebenen fehlenden Steuereinnahmen von ca. 17,5 Mrd. € sind in den letzten 4 Jahren (2000 –2003) ca. 2,5 Mrd. € dazugekommen (Schätzung des BEE aufgrund von 1,6 ct Rückstellungen/kWh und einen Steuersatz von ca. 50 %)
Staatshaftung oberhalb von 2,5 Mrd € für Kernkraftwerke	??	
Steinkohle		
Steinkohlesubventionen (1980-2003)	ca. 146 Mrd. €	Umweltbundesamt 2003: Abbau der Steinkohlesubventionen. 18. Bundessubventionsbericht 2001.
Lastenausgleich für die Bergbau BG	400 Mio./a €	Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG) 2003. Mündliche Information am 23.10.03

Kosten für Abpumpungen und Bergschäden	500 Mio./a	Angabe der Bundesregierung. In: „Clement will Kündigung in Bergwerken verhindern“, Süddeutsche Zeitung 18.7.03. Werner Müller in NRZ 25.10.2003 „Müller will RAG an die Börse bringen“. Die Zeit 31/2003: „Die Kohlelüge“. Die Kosten werden bislang von der DSK getragen. Da es sich aber um Endloskosten handelt, die auch in ferner Zukunft anfallen, werden sie an dieser Stelle gesondert erwähnt.
Braunkohle		
Braunkohleschutzklausel (Förderung der Kraftwerksmodernisierung durch höhere Strompreise der ostdeutschen Stromkunden)	8 Mrd. €	BKWK 2002. Vortrag von Johannes van Bergen (Geschäftsführer der Stadtwerke Schwäbisch Hall) auf dem parlamentarischen Abend des BKWK am 4.12.02 in Berlin. (Differenz zw. West- und Ostdeutschland aufgrund der Braunkohleschutzklausel, die es den Stromnetzbetreiber in den neuen Bundesländer bis zum 31.12.03 erlaubt hat, den Netzzugang für Elektrizität aus den alten Bundesländern eingeschränkt zu verweigern)
Sanierung der mitteldeutschen und Lausitzer Braunkohlegebiete	bisher 6 Mrd € für die nächsten 2 Jahre weitere 2 Mrd. €	LMBV (Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH) 2003: Einblicke. www.lmbv.de/presseservice/medienverzeichnis/frame1.htm .
Wasserentnahme („Sümpfungen“)	650 Mio. €	STATISTIK DER KOHLENWIRTSCHAFT e.V., 1,3 Mrd m ³ Wasser x 0,5 € (Annahme: Wert des abgepumpten Wassers 0,5 €/m ³)
Öffentliche Mittel für die Modernisierung von Braunkohlekraftwerken z. Bsp: Kraftwerk Schkopau	ca. 300 Mio. €	„Strom und Dampf sauber aus Schkopau“ in Strom Themen, 7/96, S. 5. Zitiert in Michel, Jeffrey H 1996: „Sächsische Energiepolitik im Leipziger Südraum“. Beitrag anlässlich der Anhörung der PDS zu Heuersdorf am 29.10.1996 in Dresden
Bezuschussung von Infrastrukturmaßnahmen (Straßenverlegungen aufgrund des Braunkohletagebaus) von bis zu 90 %/ Zuwendungen für Umsiedelung	Noch nicht quantifizierbar	